

1. Jahnkes Bericht

zu 100 Tagen Grosse Koalition auf der Basis der juengsten StaBuA-Daten. Wie immer ein brauchbares Material:

Quelle: [Jahnke](#)

2. Vorsicht, Absturzgefahr

Immer mehr Bürger sind überschuldet, weil sie die Risiken der modernen Wirtschaft unterschätzt haben

Quelle: [DIE ZEIT](#)

3. Kein Gold, das glänzt

Die Bundesbank beharrt stur darauf, ihre Edelmetallreserve zu behalten. 50 Milliarden Euro schlummern zinslos in ihren Kellern

Quelle: [DIE ZEIT](#)

4. Caio Koch-Weser und die Heuchler

Was geschieht, wenn ein Spitzenpolitiker in die Wirtschaft wechseln will

Quelle: [DIE ZEIT](#)

Kommentar: Ein etwas oberfächlicher Kommentar zu einer ernsten Angelegenheit.: Es mehren sich nämlich die Fälle, dass Politiker oder Beamte in die Wirtschaft übergehen und man mit Recht fragen muss, ob sie während ihrer Zeit der Staatstätigkeit ihre kommende Tätigkeit vorbereitet haben. Im Falle Gerhard Schröders liegt das nahe. Im Falle des hier gewogenen Staatssekretärs im Bundesfinanzministerium (außer Dienst) wäre das zu prüfen. Gegen eine solche Prüfung polemisch anzugehen, ist wenig hilfreich.

5. Schröders ungerechte Reform

Wie die Steuervorteile verteilt sind

Quelle: [DIE ZEIT](#)

6. Flaute im Geldbeutel

Arbeitnehmer hatten im Jahr 2005 deutlich weniger Geld als im Jahr zuvor. Zwar stiegen die Bruttolöhne, durch die Inflation wurde diese Erhöhung aber wieder aufgefressen, gab das Statistische Bundesamt heute ebenso bekannt wie den Durchschnittsverdienst

Quelle 1: [SPIEGEL ONLINE](#)

Quelle 2: [DESTATIS](#)

7. 100 Tage Schwarz-Rot

Die CDU lobt die SPD zur Hundert-Tages-Bilanz und die SPD verzichtet auf eine eigene Position – so bleiben die Köche glücklich und der Brei ist verdorben.

Quelle: [TAZ](#)

8. **Alle beschäftigungspolitischen Instrumente einsetzen ...**

Um die Arbeitslosigkeit zu reduzieren hat sich die Bundesregierung bisher nur auf den Arbeitsmarkt konzentriert. In Zukunft müssen einfach auch andere Ansätze mit einbezogen werden, um dieses Ziel auch zu erreichen.

Quelle: [TAZ](#)

Im Artikel heißt es: "Das Fazit ist also klar: Alle beschäftigungspolitischen Instrumente sollten im Fokus staatlicher Politik stehen, alle Steuerungsmöglichkeiten voll ausgeschöpft werden. Steigende Realeinkommen und eine solide Finanzierungsgrundlage staatlicher Leistungen sind dabei eine Grundvoraussetzung für mehr Beschäftigung und eine bessere Bedürfnisbefriedigung der Bürgerinnen und Bürger." Kommentar: Dass man bis zum 23. Februar 2006 gebraucht hat, um diese selbstverständliche Erkenntnis zu haben, ist beachtlich. Unter den Ökonomen, die nicht zum Mainstream gehören, ist das seit Jahrzehnten klar.

9. **Nahverkehr - eine gute Entwicklung wird infrage gestellt**

Was bleibt dann von der Schiene, wenn der Bund über 2 Milliarden im Regionalverkehr einspart. - Das passt jedoch zur "Föderalismusreform": reiche Länder können noch etwas zuschießen, ärmere müssen den Schienenverkehr im Regionalbereich einstellen.

Quelle: [FR-online](#)

10. **Spielmasse Minijobs**

Wenig glaubhaft ist die Behauptung der Bundesregierung, mit der verfügbaren Abgabenerhöhung wolle sie eben diesen Trend ausbremsen. Wäre es ihr damit ernst, müsste sie die Minijobs ganz abschaffen. Wohl näherliegend ist der Verdacht, es geht hier nur um Haushaltsumverteilungen.

Quelle: [Berlin Online](#)

11. **Erwerbslose zum Streikbruch verpflichtet**

In Hamburg werden Ein-Euro-Jobber zum Müllsammeln eingesetzt. Scharfe Kritik von ver.di

Quelle: [Junge Welt](#)